

Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Koblenz

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Goethe Realschule Plus_Metallbauarbeiten_Fenster und Türen

Beschreibung: Metallbauarbeiten für die Goethe Realschule Plus Erweiterungsbau

Kennung des Verfahrens: 9b69a498-af61-4ab1-88ce-555d4a98dac7

Interne Kennung: 2026-65-4406-EO

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: **nein**

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistung*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45421100 *Einbau von Türen und Fenstern sowie Zubehör*

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Brenderweg 123

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56070

NUTS-3-Code: *Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)*

Land: *Deutschland*

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP6YYHYEJV#

Elektronische Kommunikation: Die gesamte Kommunikation erfolgt bei allen Vergabeverfahren ausschließlich in elektronischer Form über die E-Vergabepattform. Die in der Kommunikation dargelegten Sachverhalte werden Bestandteil des Angebotes. Dies umfasst u.a. die

Beantwortung
von Bieterfragen zum Vergabeverfahren und Zurverfügungstellung von
zusätzlichen Informationen
sowie Austauschseiten. Die Vollständigkeit obliegt alleine dem Bieter.
Datenschutzgrundverordnung:
Mit Abgabe eines Angebotes / Teilnahmeantrag erklärt der Bieter / Bewerber,
dass er
die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung bei der Verarbeitung der
personenbezogenen
Daten beachtet hat und dies gegenüber dem AG jederzeit durch Vorlage
geeigneter Dokumente
nachweisen kann. Er hat insbesondere alle ggf. erforderlichen Einwilligungen
eingeholt
und die erforderlichen Informationen an seine Mitarbeiter weitergeleitet.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung, Auftragsunterlagen*

Rein nationale Ausschlussgründe: Auch für die nachfolgenden Ausschlussgründe
richtet sich deren Anwendung nach den
Regelungen des GWB, §122 ff., sowie §57 VgV

Bildung krimineller Vereinigungen:

Bildung terroristischer Vereinigungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug oder Subventionsbetrug:

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Insolvenz:

Einstellung der beruflichen Tätigkeit:

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren:

Schwere Verfehlung:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:

Interessenkonflikt:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens:

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Goethe Realschule Plus_Metallbauarbeiten_Fenster und Türen

Beschreibung: Die Stadt Koblenz erweitert die bestehende Goethe Realschule Plus mit einem dreigeschossigen Erweiterungsbau. Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Leistungsbeschreibung Fertigung, Montage und Wartung von Aluminiumfenstern und -türen, einschließlich Metallbearbeitung, Einbau von Beschlägen und Verglasung sowie Installation auf Baustellen.

Interne Kennung: 2026-65-4406-EO

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistung*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45421100 *Einbau von Türen und Fenstern sowie Zubehör*

5.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Brenderweg 123

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56070

NUTS-3-Code: *Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 15/06/2026

Enddatum der Laufzeit: 05/02/2027

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: *Nicht erforderlich*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Erfüllung sozialer Zielsetzungen*

Beschreibung: Schaffung zusätzlicher Raum für den Schulbetrieb.

Gefördertes soziales Ziel: *Sonstiges, bspw. Bindung/Einhaltung von Tarifverträgen Berücksichtigung von Werkstätten aus dem Justizvollzug (sog. Knastläden)*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten*

Beschreibung: Mit dem Angebot sind einzureichen: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" (Vordruck liegt den Vergabeunterlagen bei) vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. o Je eine Referenzbescheinigung für 3 Referenzen. o Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen (alternative Aufgliederung nach Berufsgruppen ist zulässig) einschl. extra ausgewiesenen Leitungspersonal o Gewerbeanmeldung o

Handelsregisterauszug o Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie-
u. Handelskammer o Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes o Freistellungsbescheinigung
nach § 48b EStG o Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialversicherung (Krankenkasse)
o Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Versicherungsträgers
mit Angaben der Lohnsummen (Berufsgenossenschaft). Bescheinigungen, die nicht in
deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Mit dem Angebot sind einzureichen: Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz-LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20 000 EUR nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen. Bieter mit Sitz im Inland sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräfte, mit Sitz im Inland, haben eine Verpflichtungserklärung abzugeben, einen Mindestlohn zuzahlen. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Angaben ist das Datum der Bekanntmachung.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Bevorzugungsregelung nach dem Sozialgesetzbuch IX: Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines nicht bevorzugten Bieters, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bei der Wertung der Angebote wird der von bevorzugten Unternehmen angebotene und zur Wertung herangezogene Preis a) bei anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anerkannten Blindenwerkstätten mit einem Abschlag von 15 v. H., b) bei anerkannten Inklusionsbetrieben mit einem Abschlag von 10 v. H. berücksichtigt. Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, so wird nur der Anteil berücksichtigt, den die bevorzugten Einrichtungen an dem Gesamtangebot der Arbeitsgemeinschaft haben. Bei der Angebotsabgabe ist der Anteil der bevorzugten Einrichtungen anzugeben. Berücksichtigung von

Ausbildungsbetrieben:

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei

sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag

erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen

Aus-bildungsplätze bereitstellt oder sich an der beruflichen Erstausbildung beteiligt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen.

Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote

von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde. Berücksichtigung von Unternehmen

m. Frauenfördermaßnahmen: Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen

Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt

der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden

Unternehmen umfassendere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im

Erwerbsleben durchführt. Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch

eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen,

wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Angebotspreis

Beschreibung: Der Preis ist das alleinige Wertungsmerkmal Der Preis wird aus der Wertungssumme

des Angebotes ermittelt. Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten

Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (dezimal, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 1

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/04/2026 23:59 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen:

<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYEJV/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYEJV>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung:

<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYEJV>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Beschreibung der Sicherheitsleistung: § 17 VOB/B Sicherheitsleistung Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B) Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Sicherheitsleistung Mängelansprüche (§ 17 VOB/B) Für Mängelansprüche ist Sicherheit in Höhe von drei Prozent der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme). Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B) ist nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche. § 11 VOB/B Vertragsstrafen Bei Überschreitung der als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung für jeden Werktag des Verzuges 0,3 v. H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer . Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 v. H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne USt begrzt

Frist für den Eingang der Angebote: 28/04/2026 09:00 +02:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 60 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 16a VOB/A EU wird folgende Regelung angewendet: Der öffentliche Auftraggeber fordert Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auf, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen - insbesondere Erklärungen, Angaben oder Nachweise - nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen - insbesondere Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben oder Nachweise - nachzureichen oder zu vervollständigen (Nachforderung). Es sind nur Unterlagen nachzufordern, die bereits mit dem Angebot vorzulegen waren

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 28/04/2026 09:01 +02:00

Ort des Eröffnungstermins: Stadtverwaltung Koblenz Zentrale
Vergabestelle Willi-Hörter-Platz 1 56068 Koblenz
über www.rlp.vergabekommunal.de

Eröffnungstermin - Beschreibung: Gem. § 14 VOB/A EU sind bei der Öffnung der Angebote keine Bieter bzw. deren Bevollmächtigte zugelassen

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind: - Formblatt 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
Rechtsform Bietergemeinschaft: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Die geforderten Nachweisen sind von jedem Bieter der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft zu erbringen. - Formblatt 235-Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- Eigenerklärung EU_Verordnung - Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestsummen: Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden (jeweils je Schadensfall) in Höhe von jeweils 3 Mio. EUR, ersatzweise kann eine Bescheinigung des Versicherers vorgelegt werden, dass eine bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfalle auf die genannten Beträge aufgestockt wird. Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind - Formblatt 236-Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - Formblatt 221 oder 222 - Preisermittlung - Urkalkulation

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: Zahlung (§ 16 VOB/B) Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B verlängert auf 60 Tage. Vertragsstrafen (§ 11) Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen: Bei Überschreitung der genannten Fristen für jeden Werktag 0,3 v. H. desjenigen Teils der Leistung der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5,0 v. H. der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Als Rechtsbehelf kann ein Nachprüfungsauftrag bei der unter VI.4.1) genannten Stelle gestellt werden. Wir weisen ausdrücklich auf die Ausschlusswirkungen des § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Nr.1 - 4 GWB hin. Bieter und ggf. Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 134 GWB informiert.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Koblenz

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Koblenz

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Koblenz

Identifikationsnummer: 071110000000-001-50

Postanschrift: Willi-Hörter-Platz 1

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56068

NUTS-3-Code: *Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)*

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: 09 - ZVS

E-Mail: angebote.zvs@stadt.koblenz.de

Telefon: +49 261-1290

Fax: +49 261-1291010

Internet-Adresse: <https://www.koblenz.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Identifikationsnummer: DE355604198

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

NUTS-3-Code: *Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)*

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: +49 6131-160

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5413fa98-0eed-491c-bac8-b264fa051d25 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/03/2026 07:37 +01:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*